

27/XI. 1914

27

251

(Die Wohnungsnot.) Wer jetzt in Wien aus irgendwelchen Gründen in die Zwangslage gerät, seinen Wohnsitz verändern zu müssen, steht vor mühevoller, oft undurchführbarer Arbeit. Die amtliche Austeufe des Magistrats stellen fest, daß die Zahl der leerstehenden Wohnungen von Woche zu Woche abnimmt. Es ist eine Wohnungsnot eingetreten, die speziell auf den Mittelstand und die Klasse der Armen drückend wirkt, denn vor allem sind es die kleinen Wohnungen, die man auf dem nur spärlich auffindbaren Ausschüßel der Haustore vermisst. Nach den jüngsten Meldungen hat sich die Zahl der unbewohnten Wohnungen vom September bis Oktober, also in einem Monat, um vierhundert verringert. Während nämlich im September noch fast dreitausend Wohnungen leer standen, zählte man vier Wochen später nur mehr 253 beziehbare Abteilungen. Wenn man sich dieses Verhältnis in gleichem Maße fortschreitend denkt, dann müßten in einem halben Jahre alle leerstehenden Wohnungen vergriffen und kein besiedelbarer Raum mehr verfügbar sein. Angesichts dieser Verhältnisse macht sich eine Bewegung geltend, welche fordert, die Landhäuser in der Umgebung der Stadt, die bisher nur als Sommeraufenthalt dienten, als Jahreswohnungen verwendbar zu machen. Auf diesen Vorschlag wird weiter die Forderung geknüpft, die Verbindungsmöglichkeit in die Wiener Umgebung durch Herabsetzung der Fahrpreise zu erleichtern, da sonst die Bezieher dieser Wohnungen wegen zu hoher Nebenspesen den Ferneren, und diese leiden am meisten unter der Wohnungsnot, unmöglich gemacht würde. Auf diese Weise könnten die drückenden Wirkungen der Wohnungsnot wenn nicht ganz beseitigt, so doch verringert werden. Die Abgeordneten Max Wintermann und Genossen haben nun im Abgeordnetenhaus eine Anfrage an den Eisenbahnminister gerichtet, ob er veranlassen wolle, daß die geplante Erhöhung der Personentaxen auf Streckenarten in der Nähe großer Städte, und auf die Wiener Stadtbahn nicht ausgedehnt werde.